

Protokolleintrag vom 16.01.2013

2013/16

**Postulat von Peter Küng (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) vom 16.01.2013:
Verzicht auf Investitionen in Firmen, welche Waffen produzieren oder damit handeln**

Von Peter Küng (SP) und Michèle Halser-Furrer (EVP) ist am 16. Januar 2013 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie er seinen Einfluss dahingehend geltend machen kann, dass die Stadt Zürich und ihre Institutionen – insbesondere die Unfallversicherung der Stadt Zürich (UVZ) und die Pensionskasse der Stadt Zürich (PKZH) – nicht in Firmen investieren, welche Waffen produzieren oder damit handeln.

Begründung:

Über die Anlage der Gelder der PKZH hat der / die einzelne Versicherte keinen direkten Einfluss, im Falle der UVZ überhaupt keine Einflussmöglichkeit. Um so wichtiger ist es, dass die Anlagepolitik nicht nur in ökonomischer, sondern auch in ethischer Hinsicht einwandfrei ist. Keine Arbeitnehmerin und keine Versicherter soll darauf angewiesen sein, Leistungen zu beziehen, deren Mittel aus der Produktion oder dem Verkauf von Waffen stammen. Der Stadtrat nimmt Einsitz in beiden Gremien und ist im Falle der UVZ auch für die Aufsicht über die Kasse verantwortlich.

Mitteilung an den Stadtrat